

# Rathäuser: Bis Jahresende soll fast alles online gehen

Kommunen wollen bei Digitalisierung zusammenarbeiten

Von Sebastian Knoppik

**Kreis Hildesheim.** Bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung gilt Deutschland nicht gerade als Vorreiter. Doch das soll sich ändern: Das Online-Zugangsgesetz sieht vor, dass bis Ende dieses Jahres alle Dienstleistungen der Behörden in Deutschland auch online erbracht werden müssen, soweit das möglich ist.

Was dahinter steckt, verdeutlicht Pascal Kübler, Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums, das im Land für die Umsetzung des Gesetzes zuständig ist: „Hinter den 575 zu digitalisierenden Verwaltungsdienstleistungen verbergen sich mehr als 6000 Einzelprozesse. 360 der 575 Vorgänge betreffen die Länder und die Kommunen.“

Weil es so viele unterschiedliche Verwaltungsdienstleistungen und einzelne Verfahrensschritte gibt, die nun alle digitalisiert werden müssen, haben sich die Bürokraten offenbar von den drei Musketieren inspirieren lassen. Sie arbeiten nämlich nach dem EFA-Prinzip, was für „Einer für Alle“ stehen soll. Will heißen: Die nötigen Onlinedienste werden von Bund und Ländern arbeitsmäßig entwickelt und den Kommunen dann zur Verfügung gestellt. So ist Niedersachsen für den Bereich Gesundheit zuständig.

Und wie weit sind die Städte und Gemeinden im Landkreis Hildesheim? Nach Angaben von Algermissens Bürgermeister Wolfgang Moegerle (CDU), der auch Kreisvorsitzender des Städte- und Gemeindebunds ist, soll es eigentlich ein gemeinsames Vorgehen aller Kommunen im Kreis geben. Die Städte und Gemeinden wollen einen gemeinsamen Auftrag für eine Software geben, die dann von allen genutzt werden kann. Außerdem will man sich gemeinsam auf die Dienstleistungen einigen, die man digital anbieten kann.

Unklar ist laut Moegerle aber noch, ob tatsächlich alle 18 Städte und Gemeinden mitmachen. „Im Januar sollen sich die Kommunen erklären, ob sie mitmachen“, erklärt Moegerle. Und auch der Landkreis Hildesheim ist in Sachen Digitalisierung mit im Boot. Er muss zum einen seine eigenen Dienstleistungen – unter anderem Baugenehmigungen – künftig digital anbieten. Außerdem will der Landkreis bei der Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden als „Geleitzug“ dienen,



Einige Dienstleistungen kann man auch jetzt schon online erledigen.

FOTOMONTAGE: CHRIS GOSSMANN

wie Kreissprecherin Birgit Wilken erklärt: „Damit kann die Umsetzung in einer gemeinsamen Portallösung für jede Kommune in interkommunaler Zusammenarbeit umgesetzt werden.“

Ziel sei es, das Portal und die wichtigsten Dienstleistungen des Landkreises bis Ende 2022 umzusetzen. Doch hinter dem ganzen steckt noch ein Fragezeichen: die Corona-Pandemie. Abhängig von den noch zu setzenden Prioritäten bei der kritischen Infrastruktur und dem weiteren Verlauf der vierten Corona-Welle könnten laut Wilken die Kapazitäten im Bereich der EDV und in den betroffenen Fachämtern eingeschränkt oder für die Pandemiebekämpfung ausgelastet sein. „Daher könnten nötige Unterstützungsleistungen und Mitwirkungen nicht – wie für das Projekt benötigt – bereitstehen“, erklärt die Kreissprecherin. Denkbar sei auch, dass „Schnittstellen von Fachverfahren“ nicht verändert werden, um den laufenden Pro-

## Impulse durch Modellprojekt

Lamspringe, Sibbesse und Bockenem feilten ab 2018 in einem Modellprojekt mit der Universität Hildesheim daran, die Digitalisierung in den Verwaltungen voranzutreiben. Das Projekt ist beendet, die Kommunen haben nun jeweils eigene Ziele. Die Gemeinde Sibbesse tauscht in dieser Woche zum Beispiel eine Software im Einwohnermeldedatensystem aus, die 1996 installiert wurde. Priorität hat dort außerdem die Einführung des Bürgerinformationssystems. tw

zess der Pandemiebekämpfung nicht zu behindern, etwa beim Gesundheitsamt. All dies sind Faktoren, die die Umsetzung der Digitalisierung verlangsamen könnten.

Die digitalen Dienstleistungen der Kommunen dürften für die meisten Bürger am interessantesten sein. Da geht es nämlich um ganz konkrete Dinge, die man im Alltag benötigt. Welche Leistungen die Kommunen digital anbieten werden, ist zwar noch nicht abschließend entschieden. Moegerle nennt aber schon mal ein paar Beispiele: Die An- und Abmeldung zur Hundesteuer, die Ausstellung von Personalausweisen, die Anmeldung für die Kita oder auch die Beantragung der Briefwahl.

Auch die Städte und Gemeinden streben laut Moegerle an, das Gesetz fristgerecht bis zum Ende des Jahres umzusetzen. Das gelte aber möglicherweise nicht für jede Dienstleistung. „Bis alles bis ins letzte Detail umgesetzt ist, wird es noch dauern.“